

Kv VI

! STRENG VERTRAULICH !N i e d e r s c h r i f t

Über die Parteienverhandlung zwischen den beiden Regierungs-
parteien am 8.2.1951 im Bundeskanzleramt

Beginn : 16,00 UhrEnde : 18,00 Uhr

Anwesend für die ÖVP :

FIGL, RAAB, WEINBERGER,
HURDES, KRAUS

Anwesend für die SPÖ :

SCHÄRF, WALDBRUNNER,
PITTERMANN, JONAS,
(HELMER entschuldigt)II. Presse, Propagandadienst, Informationsstellen

F i g l verweist auf die Notwendigkeit einer vernünftigen einvernehmlichen Regelung, um einerseits unnütze gegenseitige Angriffe zu vermeiden und andererseits die positiven Leistungen der Regierung und der Parteien entsprechend herauszustreichen.

S c h ä r f betont ebenfalls die Notwendigkeit einer einvernehmlichen Regelung und vertritt die Auffassung, dass die Interessen der SPÖ sowohl in der APA als auch im Bundespressediens nicht entsprechend berücksichtigt würden.

Im einzelnen wird folgendes besprochen :

a) Parteipresse

Man ist grundsätzlich einverstanden, dass die schon zur Zeit der provisorischen Regierung getroffene Vereinbarung über das Verhalten der Parteien in der Presse mit geringfügigen Änderungen erneuert wird.

Es soll auch der Wahlkampf anlässlich der Bundespräsidentenwahl in würdiger Form geführt werden. Einzelheiten sollen noch besprochen werden.

H u r d e s bringt in Erinnerung, dass schon in den Parteienbesprechungen vom 23. November v. J. eine Novellierung des Pressegesetzes (insbesondere Erhöhung der Strafen) beschlossen wurde. Diesbezüglich fehlen noch immer die Vorschläge des Justizministeriums.

b) APA

Die Sozialisten erklären, an der APA kein Interesse mehr zu haben, da ihnen dort ein entscheidender Einfluss fehlt. Es sei die APA auch nach dem Ausscheiden der "unabhängigen" Presse nicht mehr zu halten.

H u r d e s verweist darauf, dass, falls man die APA liquidiert, doch seitens der beiden Koalitionsparteien für eine entsprechende Nachrichtenkorrespondenz Sorge getragen werden müsse, da ansonsten die "unabhängige" Presse im Anschluss an das deutsche Nachrichtenbüro zu stark die Meinung über Österreich im Ausland beeinflussen kann.

c) Bundespressediens

Es wurde diskutiert, auf welche Weise eine grössere Aktivität im Bundespressediens erreicht werden kann.

H u r d e s wiederholt seinen schon früher gemachten Vorschlag, von jeder der beiden Regierungsparteien einen entsprechend befähigten Mann namhaft zu machen, wobei die beiden die Richtlinien an den Pressediens für die jeweils aktuelle Propaganda zu geben hätten.

d) Pressearchiv

H u r d e s macht neuerdings den Vorschlag, ein der Regierung und den Koalitionsparteien zur Verfügung stehendes Pressearchiv zu errichten, damit das entsprechende Material zur Verfügung steht.

Beschluss :

Ein Unterkomitee hat in den unter a)- d) angeschnittenen Fragenkomplexen konkrete Vorschläge auszuarbeiten und der nächsten Besprechung der Parteienvertreter vorzulegen.

In das Komitee entsendet die ÖVP : H u r d e s und Presse-
referenten Hofrat K r a m e r

die SPÖ : H e l m e r und P r o b s t.

Jede der beiden Gruppen kann noch einen Vertreter mitnehmen.

Den Vorsitz führt H e l m e r. Die Besprechung des Unterkomitees
findet am Donnerstag, den 15.2.1951 um 16,00 Uhr (später ge-
ändert auf 16,30 Uhr) im Innenministerium statt.

II. Erledigung der § 27-Ansuchen

Nach längerer Debatte wird beschlossen, dass Waldbrunner sich
neuerdings in dieser Angelegenheit mit Minister Margaretha ins Ein-
vernehmen setzen wird.

III. 2. Rückgabeanspruchsgesetz

R a a b verweist darauf, dass es endlich zu einer Regelung
kommen muss. Wenn man sich über das DAF-Vermögen nicht einigen
könne, so müssten wenigstens die anderen unbestrittenen Komplexe
endlich gesetzlich geregelt werden.

S c h ä r f verweist darauf, dass die geltend gemachten An-
sprüche bei den Kammern (wegen der seinerzeitigen Entlassungen)
Schwierigkeiten bereiten. Man sollte diese ehemaligen Kammerange-
stellten dem Beamtenschema angleichen.

Es fand eine sehr ausführliche längere Aussprache statt, in der
alle strittigen Fragen erörtert wurden.

R a a b drängte wiederholt auf eine endliche Bereinigung.
P i t t e r m a n n schlug vor, zunächst nur hinsichtlich der drei
Kammern eine Regelung zu treffen.

Seitens der Sozialisten wurde auch in die Debatte geworfen,
dass die sozialistischen Parteiorgane für die Benützung von DAF-
Möbel Miete bezahlen müssen. Dies sei vollkommen unbegründet, da die
sozialistische Partei ja im Jahre 1934 ihr Mobiliar verloren habe.
Ausserdem müsse man auch endlich die Forderung auf Ersatz von
26 Millionen Schilling für Barvermögen der sozialistischen Partei,
das im Jahre 1934 eingezogen wurde, anerkennen.

R a a b verweist dem gegenüber, dass die Sozialisten ihr Bar-
vermögen auch beim Einbruch Hitlers auf jeden Fall verloren hätten.

H u r d e s verweist darauf, dass man in diesem Zusammenhang unbedingt auch die Wiedergutmachungsansprüche, die in den Jahren 1938-1945 entstanden sind, berücksichtigen müsse.

Die verschiedenen Fragen wurden zunächst noch offen gelassen. Es wurde jedoch einvernehmlich festgelegt, dass es wohl das zweckmässigste sei, den von Finanzminister Dr. Margaretha ausgearbeiteten Entwurf über das 2. Rückgabebanspruchsgesetz durch den Ministerrat dem Parlament zuzuweisen, wobei sich jede der beiden Parteien die endgültige Stellungnahme vorbehält.

Bereinigung strittiger Fragen im Parlament

Es wurde beschlossen, dass die im Parlament strittigen Fragen in einer Aussprache zwischen R a a b und P i t t e r m a n n geklärt werden sollen.

Nächste Besprechung :

Als Termin für die nächste Besprechung wurde Donnerstag, der 22.2.1951, 16,00 Uhr (im Bundeskanzleramt) vereinbart.

In dieser Sitzung soll das Unterkomitee für Presseangelegenheiten seinen Bericht erstatten. Weiters sollen in dieser Sitzung die Forderungen der Landwirtschaft, insbesondere wegen Deckung des Defizits in der Milchwirtschaft besprochen werden.

Der Vizekanzler

Wien, am 9. Februar 1951

Lieber Freund!

Die Parteienbesprechungen am Donnerstag hatten folgenden Verlauf:

1.) Es wurde zunächst über Pressefragen gesprochen und das Problem im allgemeinen aufgeworfen. In den Pressefragen wurden folgende Unterteilungen getroffen:

- APA
- Bundespressdienst
- Verhältnis der Parteipresse
- Amtlicher Nachrichtendienst
- Wahlpropaganda.

a) Die Debatte wurde sehr lange und eingehend geführt; dabei kam Einigung über ein Presseabkommen nach dem Muster von 1945 zustande, das folgenden Wortlaut hätte:

"Zwischen den beiden Parteien wird grundsätzlich vereinbart: 1. die politische Grundhaltung der Parteiorgane (Tages- und Wochenblätter) auf positive Zusammenarbeit und das gemeinsame Aufbauwerk abzustellen; 2. In allen Fällen, wo sich in grundsätzlichen, sachlichen und taktischen Fragen Verschiedenheiten in der Auffassung zwischen den Parteien ergeben, die Stellungnahme unter Voranstellung des gemeinsamen Aufbauwillens rein sachliche zu führen und die daraus sich ergebende Polemik in Inhalt und Ton auf diesem Niveau zu halten; 3. Jede persönliche Polemik, insbesondere eine solche, die ins Privatleben eingreift, zu vermeiden."

b) Es soll ein Komitee eingesetzt werden, das über die Dauer und Art des Wahlkampfes für den Bundespräsidenten Vorschläge machen soll; es wurde dabei ausgesprochen, daß die Wahlbewegung womöglich auf zwei Wochen begrenzt sein soll, daß ein Versammlungsturm womöglich vermieden und die Redetätigkeit auf die Kandidaten beschränkt werden solle und daß man sich über die Art und Umfang der Wahlplakate einige.

Dieses Komitee besteht aus Helmer und Probst einerseits und Hurdes und Kraus andererseits.

Helmer hat die Einberufung einer Sitzung zu besorgen (nähere darüber weiter unten!), insbesondere aber soll festgelegt werden, daß beide Parteien gleichzeitig mit der Wahlpropaganda beginnen.

c) Techadek soll daran erinnert werden, eine Novelle zum Pressgesetz vorzulegen, durch die Geldstrafen für Gesetzübertretungen hinaufgesetzt werden.

d) APA: Das gleiche Komitee soll darüber verhandeln, was an die Stelle der APA zu treten hat; den beiden Parteien bleibt es unbenommen, zur Verhandlung dieses Gegenstandes im Komitee Experten zuzuziehen. Hurdes meinte, man könnte sich vielleicht darauf einigen, Siepen und Ostry fallen zu lassen und eine neue Verteilung der Zuständigkeit und des Apparates durchzuführen.

e) Bundespressediens: Auch hier sollen Vorschläge über eine Reform gemacht werden; Hurdes ventilierte den Gedanken, im Bundespressediens von jeder der beiden Parteien einen Mann einzuschalten, die zusammen Direktiven für die Bekämpfung der regierungsfeindlichen Propaganda herausgeben könnten, ähnlich so wie Misch in den Streiktagen beim Sender gewirkt habe.

f) In diesen Zusammenhang gehört auch der Gedanke, ein Pressearchiv anzulegen.

oo000oo

Das Sub-Komitee soll möglichst bald zusammentreten, damit wird bereits in der Lage sind, unserer Parteikonferenz Weisungen für das Verhalten im Wahlkampf zu geben; aus diesem Grunde sah man von der Anberaumung einer Sitzung des Koalitionskomitees für die nächste Woche ab und man erwartet, daß Du, lieber Genosse Helmer, mit Hurdes am Donnerstag, den 15. Februar um 15 Uhr zusammenkommst und daß das Komitee Vorschläge herausbringt, über die dann in der Parteienbesprechung am 22. Februar um 16 Uhr berichtet werden soll.

2.) In der Debatte wurde dann über die Behandlung der Staatsbürgerschaften und § 27-Gesuche gesprochen, ebenso über National.

sozialistenfragen im Parlament - der Unterausschuss soll sich eventuell auch damit befassen.

3.) Dann wurde über die Wiedergutmachung für Konfiskationen 1934 gesprochen - zum Teil übernimmt Genosse Pittermann die Durchführung.

Die Aussprache dauerte von 4 bis 6 Uhr und verlief in gutartiger Stimmung.

Viele Grüße



- 1. die politische Grundhaltung der Parteipresse (Tages- und Wochenblätter) auf positive Zusammenarbeit und das gemeinsame Aufbauen abzustellen;
- 2. In allen Fällen, wo sich in grundsätzlichen, sachlichen und taktischen Fragen Verschiedenheiten in der Auffassung zwischen den Parteien ergeben, die Stellungnahme unter Voranstellung des gemeinsamen Aufbauwillens rein sachlichen führen und die daraus sich ergebende Polemik in Inhalt und Ton auf diesem Niveau zu halten;
- 3. Jede persönliche Polemik, insbesondere eine solche, die ins Privatleben eingreift, zu vermeiden."

b) Es soll ein Komitee eingesetzt werden, das über die Form und Art der Wahlkampfe für den Bundespräsidenten Vorschläge **Herrn Bundesminister Oskar Heiler** einbringt, daß die Wahlbewegung vorwiegend auf zwei Wochen begrenzt sein soll, daß ein Versammlungssatzung vorwiegend verstanden und die Redetätigkeit auf die Kandidaten beschränkt werden solle und daß man sich über die Art und Umfang der Wahlkampfe einigt.

KvVI
BUNDESMINISTER FÜR UNTERRICHT
Dr. FELIX HURDES
GENERALSEKRETÄR
DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

Bereits bewahrt
0.3.
ab 24
WIEN, am 9. März 1951
I. KÄRNTNERSTRASSE 51

1., Minoritenplatz 5

Betr. : Parteienverhandlung zwischen
den beiden Regierungsparteien am
9. März 1951 .

In der Anlage übermittle ich ein Exemplar der
Niederschrift über die Parteienverhandlung zwischen den
beiden Regierungsparteien, welche am 9. März 1951 im Bundes-
kanzleramt stattgefunden hat.

Mit den besten Grüßen !



2 Beilagen !

Herrn Bundeskanzler Dr. Ing. Leopold Figl
Herrn Minister a. D. Präsident Ing. Julius Raab
Herrn Vizebürgermeister Lois Weinberger
Herrn Bundesminister Josef Kraus

Es wurde bekanntgegeben, dass als Vertrauensleute für den Bundespressedienst (siehe III., Absatz I.) der angeschlossenen Verordnung) für die ÖVP - Hofrat Kramer und für die SPÖ - Nationalrat Dr. Migsch namhaft gemacht werden.

Es wurde auch die Frage erörtert, allenfalls eine Art Appellations-Ausschuss zu erstellen, bei dem die Parteien sich beschweren können, wenn in der gegnerischen Presse Veröffentlichungen erscheinen, die sich mit der geschlossenen Vereinbarung in Widerspruch setzen. Es wurde beschlossen, zunächst solche Beschwerden sich gegenseitig zuzuleiten (maßgeblich für ÖVP - Hurdas, für SPÖ - Schärf).

Nächste Besprechung

Als Termin für die nächste Besprechung wurde Mittwoch, der 21. März d.J., 11,00 Uhr vormittags, Bundeskanzleramt, vereinbart.

In allen Fällen, wo sich in grundsätzlichen, politischen oder wirtschaftlichen Fragen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien ergeben, ist die Koordination unter Verantwortung des gemeinsamen Arbeitsstilles sein möglich zu machen und die sich daraus ergebende Politik in Inhalt und Umfang diesem Niveau zu halten.

3.) Jede parteiliche Tätigkeit, insbesondere über die hinaus, die in das Privatleben eingreift, ist zu vermeiden.

IV. Vereinbarung bezüglich der Wahl des Bundespräsidenten

1.) Der Wahlkampf soll auf 14 Tage beschränkt bleiben, er beginnt am Samstag, den 31. April 1961 und dauert bis Samstag, den 3. Mai 1961.

2.) Eine auch das Fernsehen einbeziehende Vereinbarung über ein gemeinsames Zeichen wird unter Punkt I. festgelegt. Hinsichtlich der Wahl des Bundespräsidenten wird eine einvernehmliche Vereinbarung der Parteien getroffen.

3.) Die Teilnahme der Bundespräsidenten-Kandidaten an internen Parteiveranstaltungen (Partei-Tage, Konferenzen, Versammlungen, Besprechungen, etc.) ist im Rahmen der Parteipolitik zu berücksichtigen. Über solche Besprechungen ist eine Vereinbarung zu treffen, die im Interesse der Parteien steht.

Vereinbarung

getroffen in der Parteienbesprechung vom 9. März 1951.

I. Vereinbarung über die redaktionelle Führung der Presse

Die zur Zeit der provisorischen Regierung zwischen den damals zugelassenen Parteien getroffene Vereinbarung über die redaktionelle Führung der Presse wird von den Vertretern der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs in nachstehender Weise erneuert :

- 1.) Die politische Grundhaltung der Parteiorgane (Tages- und Wochenzeitungen) ist auf die positive Zusammenarbeit und das gemeinsame Aufbauwerk abzustellen.
- 2.) In allen Fällen, wo sich in grundsätzlichen, sachlichen und taktischen Fragen Verschiedenheiten in der Auffassung zwischen den Parteien ergeben, ist die Stellungnahme unter Voranstellung des gemeinsamen Aufbauwillens rein sachlich zu führen und die sich daraus ergebende Polemik in Inhalt und Ton auf diesem Niveau zu halten.
- 3.) Jede persönliche Polemik, insbesondere aber eine solche die in das Privatleben eingreift, ist zu vermeiden.

II. Vereinbarung bezüglich der Wahl des Bundespräsidenten

- 1.) Der Wahlkampf soll auf 14 Tage beschränkt bleiben. Er beginnt am Samstag, den 21. April 1951 und dauert bis Samstag, den 5. Mai 1951.
- 2.) Wird durch das Vorgehen anderer wahlwerbender Gruppen ein längerer Zeitraum als unter Punkt 1) festgelegt notwendig, so wird dies einvernehmlich zwischen den Parteien geregelt.
- 3.) Die Teilnahme der Bundespräsidenten-Kandidaten an internen Parteiveranstaltungen (Parteitag, Konferenzen, Vertrauensleute-Besprechungen, Festen usw.) fällt nicht unter Punkt 1). Die Berichterstattung über solche Veranstaltungen darf jedoch nicht die Form eines Wahlkampfes annehmen.

4.) Jede Partei gibt nur ein Standardplakat (Bildplakat), ev. in verschiedenen Grössen, heraus. Daneben gibt jede Partei nur ein Flugblatt (oder Flugschrift) heraus. Die Verwendung dieses Propagandamaterials in der Öffentlichkeit erfolgt ab 21. April 1951 früh. Das Propagandamaterial kann selbstverständlich schon vorher den Verteilungsstellen übermittelt werden.

5.) Die Propaganda für die Bundespräsidenten-Kandidaten wird von jeder Partei positiv für den eigenen Kandidaten geführt, ohne den Gegenkandidaten herabzusetzen.

Beide Parteien verpflichten sich, jede Propaganda zu unterlassen, durch welche die andere Partei der Schwäche oder der Anfälligkeit gegenüber Einflüssen der Diktatur (faschistisch - kommunistisch) bezichtigt wird.

III. Popularisierung der Regierungspolitik

1.) Aktivierung des Bundespressedienstes

Jede Partei macht einen Vertrauensmann namhaft, die gemeinsam, einvernehmlich und laufend dem Bundespressediens Vorschläge zur Abwehr von Angriffen und zur Popularisierung der Regierungspolitik machen.

2.) Propaganda im Rundfunk

Die 2 Vertrauensmänner der Parteien werden aus den Erfahrungen ihrer Tätigkeit unter 1) Vorschläge machen, in welcher Weise eine Verstärkung der Propaganda im Rundfunk am besten durchgeführt werden soll.

IV. A P A

Um zu klären, in welcher Form die APA weitergeführt, bzw. reorganisiert werden soll und insbesondere, auch welche Ersparungen durchgeführt werden können, wird ein Unterausschuss eingesetzt, von 2 Vertretern jeder Partei (ÖVP - Hofrat Kramer und Chefredakteur Husinsky, SPÖ - Dr. Pollak, der zweite Mann wird namhaft gemacht) der das Ergebnis der Beratungen den Bundesministern Helmer und Dr. Hurdies mitteilen wird, die dem Parteikomitee einen Vorschlag erstatten werden.

V. Pressearchiv

Einvernehmlich wird Hofrat K r a m e r ersucht, mit Chef -
redakteur H a l l e r , der das seinerzeitige Tagblatt -
Archiv eingerichtet hat (das Archiv befindet sich nunmehr im
Globus-Verlag) zu verhandeln, um festzustellen, in welcher
Weise dieses Archiv für Zwecke der Regierung und den beiden
Koalitionsparteien dienstbar gemacht werden kann, bzw. welche
Vorkehrungen zu treffen wären, um ein solches Archiv zu schaffen.



ÖSTERREICHISCHE VOLKSPARTEI

BUNDESPARTEILEITUNG

WIEN I., KÄRNTNERSTRASSE 51 · TELEPHON R 21-5-65 - 69

HAUPTREFERAT FÜR ORGANISATION,
WERBUNG, ~~PERSONAL O. FINANZEN~~

BEZUG: St.Gr./Scha
BETRIFFT:

Wien, den 10. Jänner 1952.

An das
Zentralsekretariat der
Sozialistischen Partei Österreichs
z.H.d.H.Nationalrates Otto Probst
Wien I., Löwelstrasse 18

Sehr geehrter Herr Nationalrat !

Wie mir unser Vertreter im Programmbeirat der Austria-Wochenschau berichtet, hat der sozialistische Produktionsleiter dieses Unternehmens, Herr Nationalrat Reismann in der letzten Sitzung des Beirates beantragt, in der nächsten Folge der Wochenschau Bilder von den Kundgebungen wegen der Entscheidung bezüglich der Starhemberg-Güter zu bringen. Unser Vertreter konnte hierzu seine Zustimmung nicht geben.

Nationalrat Reismann erklärte, dass es sich bei den geplanten Streifen nicht um die kommunistischen Demonstrationen, sondern um die sozialistischen Betriebsversammlungen handle.

Der ÖVP-Vertreter im Programmbeirat der Austria-Wochenschau hat von mir den strikten Auftrag, alles zu tun, um eine Entgiftung des politischen Lebens im Rahmen der Wochenschau herbeizuführen. Ich muss ihm nun beipflichten, wenn er der Meinung ist, dass eine Sache, die zum Streitobjekt geworden ist, nicht vor das große Kinopublikum gehört. Es ist ohneweiteres denkbar, dass es in den Lichtspieltheatern zu Kundgebungen pro u n d contra kommen könnte. Das wollen wir doch beide nicht. Da unsere beiderseitigen Vertreter übereingekommen sind, den Fall ihren Parteivorgesetzten vorzutragen, möchte ich, als Hauptreferent für Propaganda der ÖVP, Sie sehr geehrter Herr Nationalrat bitten, von der Einschaltung des in Rede stehenden Streifens abzusehen und Ihren Vertreter hievon in Kenntnis zu setzen.

Da die Arbeit des Programmbeirates in der letzten Zeit wie ich höre, reibungslos vor sich geht, wäre es schade, das beiderseitige Einvernehmen durch Mehrheitsbeschlüsse zu stören.

Darf ich um Ihre Stellungnahme bitten.

Mit freundlichen Grüßen !

Wien, am 16. Februar 1952

Vizekanzler
Dr. ADOLF SCHÄRF
Wien, I., Ballhausplatz 2

weiter Genosse!

*Im Paktenschnitt
weiterlegen*

Ich habe nach Abschluss des Abkommens über die Presse etwa eine Woche hindurch dem Präsidenten Raab angestrichen je die Tageszeitung, das Kleine Volksblatt und die Arbeiter-Zeitung geschickt, woraus sich ergab, dass sich die Arbeiter-Zeitung fast gar nicht mit der Volkspartei abgab, die beiden anderen Blättern, vor allem die Tageszeitung, jedoch einen grossen Teil der Blätter mit Angriffen auf uns ausfüllten.

Die mündliche Reaktion Raabs war zunächst die, daß er die Haltung seiner Blätter verurteilte, später hat er sich es jedoch überlegt und mir den in Abschrift beiliegenden Brief vom 8. Februar l. J. geschickt. Ich habe ihm darauf geantwortet, wie aus der nächsten Abschrift ersichtlich ist und darauf antwortete er nun mit dem Brief vom 11. Februar l. J.

Du ersiehst daraus, daß Raab einfach nicht verstehen will oder kann, was seine Blätter schreiben, und dass er alles deckt.

Mit bestem Gruß

3 Beilagen

Herrn Bundesminister Oskar Helmer
Herrn Bundesminister Dipl. Ing. Karl Waldbrunner
Herrn Nationalrat Dr. Bruno Pittermann
Herrn Bürgermeister Franz Jonas
Herrn Chefredakteur Dr. Oscar Pollak

Osterreichische Volkspartei
Generalsekretariat
Wien I., Kärntnerstr. 51 Tel. R 21-5-65
Der Bundesparteiohmann

Wien, am 8. Februar 1952
Dr. Tz/B -14381

Herrn Vizekanzler Dr. Adolf S c h ä r f
W i e n I
Ballhauspl. 2

Sehr geehrter Herr Vizekanzler!

Gerne bin ich bereit, die Diskussion die Sie mit Ihrer
Zuschrift vom 4. Februar 1952 über die Haltung der Parteipresse
angeschnitten haben, aufzunehmen. Ich möchte grundsätzlich
herausstellen, dass die Volkspartei nach wie vor gerne bereit
ist, ihre Parteipresse anzuhalten, sich ausnahmslos auf dem
Boden der seinerzeitigen Parteienvereinbarungen zu bewegen, wo-
bei die unerlässliche gegenseitige Kritik absolut sachlich ver-
laufen soll und wonach jede persönliche Herabsetzung und Ver-
unglimpfung zu vermeiden ist. Wir haben diesen Standpunkt auch
in der Entschliessung unseres a.o. Bundesparteitages nach-
drücklichst zum Ausdruck gebracht. Auch die Koalition kann und
darf den politischen Kampf nicht ausschalten, sonst würde sie
zum Versanden der Demokratie führen. Aber dieser Kampf kann
sich in einer lautereren Atmosphäre und in urbanen Formen ab-
spielen. Ich pflichte Ihnen absolut bei, wenn Sie Entgleisungen
der Presse verurteilen. In den von Ihnen vorgelegten Zeitungs-
ausschnitten finde ich aber mit einer einzigen Ausnahme keine
Verletzung dieser Grundsätze. Ich meine die Notiz der "Neuen
Wiener Tageszeitung" vom 2. Februar 1952, die sich mit der
Haltung des Bundesministers für Justiz Dr. Tschadek beschäftigt.
Darin ist ein Ausdruck, den ich durchaus missbillige und ich
werde unverzüglich den Chefredakteur darauf gebührend aufmerksam
machen.

Sie müssen mir aber, sehr geehrter Herr Vizekanzler, ge-
statten, dass ich Sie darauf aufmerksam mache, dass Sie die
Haltung insbesondere Ihres Zentralorganes nicht mit der er-
forderlichen Sorgfalt überprüft haben. Dass die "Arbeiter-
Zeitung" einmal eine Rede eines ÖVP-Ministers wiedergibt, ist
erfreulich, schafft aber die zahllosen groben Verstösse nicht
aus der Welt, die sich gerade die "Arbeiter-Zeitung zuschulden
kommen lässt. Ich führe Beispiele an:

In der Nummer vom 29. Jänner 1952 schreibt die "Arbeiter-
Zeitung": "Nach diesem U n s i n n kam Figl nocheinmal auf
die Präsidentenwahl zu sprechen."

Am 13. Jänner 1952 bezichtigt sie die gesamte ÖVP Verteidiger der Rechtslüge und der Geschichtslüge zu sein: "...Vor dieser höheren Form des Prozesses erschrecken die Buchstabengläubigen, die Verteidiger der Rechtslüge und der Geschichtslüge."

Den Artikel vom 9. Jänner 1952 übergene ich, der an sich höher gehörte, weil er sich mit meiner eigenen Person beschäftigt.

Aber ist Ihnen der Artikel vom 14. Dezember 1951 in der "Arbeiter-Zeitung" "Ein merkwürdige Rede des Finanzministers" entgangen?: "Zu der ständigen schabigen Hetze der ÖVP gegen die verstaatlichten Betriebe, die Bundesbahnen und gegen den Minister Waldbrunner hat nun der Finanzminister Margaretha einen Beitrag geleistet, der durch seine grössenwahnsinnige Kleinlichkeit wirklich peinlich berührt. Einen ärgeren Unsinn aus dem Mund eines Finanzministers kann man sich wohl kaum vorstellen. Der Finanzminister zahlt gar nichts und der Finanzminister entscheidet auch nicht. Ebensogut könnte Dr. Margaretha in seinem Grössenwahn auch behaupten:

Diese ganze Hetzerei, die ebenso merkwürdig wie unwürdig ist, zeigt nur wieder, dass es die ÖVP-ler nicht verkiefeln können, dass dort, wo Sozialisten verwalten, gearbeitet und aufgebaut wird und dass ihre Taten für sie sprechen."

In der Nr. vom 26. Oktober 1951 wurde der steiermärkische Landeshauptmann als Verteidiger der Preistreiber hingestellt.

In der Nummer vom 6. November 1951 wurde Staatssekretär Graf der "verantwortungslosen Hetze" bezichtigt.

Am 3. November 1951 schreibt die "Arbeiter-Zeitung": "Weil man (die ÖVP natürlich) Angst hatte, dass dabei wiederum ein Stück und kein kleines, an Korruption aufgedeckt würde."

Am 23. Oktober 1951 spricht die "Arbeiter-Zeitung" von "schabigen Angriffen eines ÖVP-Blattes" und bezichtigt es "lauter Lügen" berichtet zu haben.

Am 15. September 1951 wird das gesamte österreichische Bürgertum als "durch die kapitalistischen Klopffechter im Solde der Bundeswirtschaftskammer repräsentiert, durch Professoren von Raabs Gnaden!" vertreten bezeichnet.

Eine besondere Leistung ist der Artikel vom 9. September 1951, die Überschrift "Wer andern einen Gruber schickt, fällt selbst hinein", mag als witziges Bonmot noch hingehen, aber sind die folgenden Sätze nach Ihrer Meinung vertretbar?

"Einzelne ÖVP-Zeitungen in den Bundesländern entfalten in der letzten Zeit wieder eine masslose Hetzpropaganda gegen Wien. Sie halten es offenbar für Patriotismus, wenn sie den Männern und Frauen an der österreichischen Freiheitsfront in der russischen Besetzungszone in den Rücken fallen."

Am 9. September 1951 schrieb die "Arbeiter-Zeitung" unter der Überschrift "Eine Frechheit der Volkspartei": "Die Sozialistische Partei lehnt es ab, den innerpolitischen Kampf mit den Mitteln der Lüge und Verleumdung zu führen, wie sie nun die Volkspartei anwendet".

Bedenkt man in der Redaktionsstube der "Arbeiter-Zeitung" nicht, dass der Leser sich auch über Ihre Partei ein recht abfälliges Urteil bilden muss, wenn sie mit einer Partei in Koalition bleiben, über die ihr Zentralorgan am 28. August 1951 wie folgt berichtet: "...Sie läuft darauf hinaus, die eigenen Minister zu desavouieren, sie "abzunützen" oder abwirtschaften zu lassen.

- 3 -
(zünftig)

Kann man eine so doppelzüngige oder so zerissene Partei noch ernst nehmen?.....

Kann sie im Ernst annehmen, dass man ihr den plumpen Schindel hingehen lassen wird?...."

Auch an persönlichen Angriffen fehlt es nicht. So schreibt die "Arbeiter-Zeitung" vom 8. August 1951 über Minister Kraus: "... dass der Minister Kraus hat in der Vergangenheit schon zu oft mit doppelten Zungen gesprochen. Auf eine ernste, verantwortungsbewusste Äusserung kommen bei ihm drei andere....".

Ich glaube, diese Beispiele genügen, um darzulegen, dass die Haltung Ihres Zentralorganes nicht im Sinne der Koalition und nicht zum Wohle des Staatsganzen in der letzten Zeit gewesen ist. Ich muss Ihnen auch widersprechen, wenn Sie schliesslich der Meinung Ausdruck geben, "dass sich eine Änderung nicht mit einmal herbeiführen lässt". Ich wäre im Gegenteil der Meinung, dass man über Nacht diese unerfreulichen Erscheinungen im politischen Wettstreit beseitigen könnte. Ich werde neuerdings auf die Chefredakteure unserer Blätter Einfluss nehmen, dass sie sich streng an die Parteilvereinbarung halten und jeden ungebührlichen Ausdruck und jeden persönlichen unsachlichen Angriff unterlassen. Es wird daher lediglich vom Herrn Chefredakteur der "Arbeiter-Zeitung" abhängen, dass er in gleichem Sinn wirksam wird. Wenn allerdings die "Arbeiter-Zeitung" in ihrer bisherigen Schreibweise fortfährt, kann ich selbstverständlich unseren Redakteuren nicht das Recht bestreiten, das aus dem Sprichwort kommt, "auf einen groben Klötz gehört ein grober Keil".

Ich würde mich freuen, wenn diese durch Ihren Brief eingeleitete Korrespondenz Ursache würde, die bedauerlichen Mängel unserer demokratischen Auseinandersetzung ein für allemal zu beseitigen.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung verbleibe ich

Ihr
Julius RAAB e.h.
(Min. u. D. Ing. Raab)
Bundesparteiobmann

Bundeskanzleramt
Vizekanzler Dr. Adolf Schärf

Wien, am 14. Februar 1952

Sehr geehrter Herr Präsident!

Mit größtem Vergnügen bestätige ich den Empfang Ihres Schreibens vom 8. d. M. Ich will Ihnen in Erinnerung rufen, dass Ihre Partei es abgelehnt hatte, das für den ersten Wahlgang der Präsidentenwahl bestandene Presseabkommen für den zweiten Wahlgang zu verlängern; wir haben dann später an der Führung des Wahlkampfes erkannt, dass dies vorbedacht gewesen ist.

Das neuerliche Abkommen über die Presse ist am 18. Jänner 1952 getroffen worden und konnte erst nach diesem Tage wirksam werden. In Ihrem geschätzten Brief führen Sie aus der Schreibweise der Arbeiter-Zeitung nur einen einzigen bescheidenen Fall vom 29. Jänner l. J. an, während alle übrigen Beispiele zum Teil ein Vierteljahr weit zurückliegen. Es scheint mir für unsere Diskussion wesentlich zu sein, ob eine Vereinbarung bestanden hat, die übertreten worden ist oder nicht. Sie beklagen sich über die Haltung der Arbeiter-Zeitung in vergangenen Zeiten, über die keine Vereinbarung bestanden hat. Ich mache Sie auf Übertretungen einer neuen und geltenden Vereinbarung aufmerksam.

Ich bleibe mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr

Schärf e.h.

Herrn
Nationalrat Dipl. Ing. Julius Raab,
Präsident der Kammer der gewerbl. Wirtschaft
W i e n

Österreichische Volkspartei
Bundesparteileitung
Wien I., Kärntnerstr. 51

Bundesparteiobmann

Wien, am 11. Februar 1952

Herrn
Vizekanzler Dr. Adolf S c h ä r f

W i e n I
Bundeskanzleramt

Sehr geehrter Herr Vizekanzler!

Mit meinem Schreiben vom 8. Februar habe ich schon den Nachweis erbracht, dass der bedauerliche Misston in den Pressezeugnissen der Koalitionsparteien initial und ursächlich von der "Arbeiter-Zeitung" ausgeht. Ihre unter dem 5. und 6. II. hergereichten Zeitungsausschnitte haben mich in dieser Überzeugung nur bestärken können: Gleich der erste Artikel aus der Beilage zu Ihrem Brief vom 5. II. hebt mit den Worten: "Schwindel mit dem Wohnungseigentum" an, um es in den folgenden 20 Zeilen nur gleich 3mal zu gebrauchen, daneben wird von "Taschenspielerkünsten" und "Zahlentrück" gesprochen. Was an dem Artikel: "Soll Unrecht vom Volks ausgehen?" auszusetzen wäre, ist unerfindlich. Wenn die "A.Z." uns nie härter anfasste, wäre alles in bester Ordnung.

Den Vorwurf, dass der Erlass des Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe diesen das Gehaben eines Kartells bzw. eines Konzerns vorschrieb, haben nicht wir erhoben, sondern das "deutsche Wirtschaftsinstitut". Und dieses redet vom russischen Rezept. Der Abg. Ludwig hat lediglich zitiert. Herrn Minister Waldbrunner muss eben klar sein, dass sein Tun und Lassen auch im Ausland beachtet und kritisiert wird und wenn diese Kritik dazu angetan ist Österreich zu schaden, dann muss ein österreichischer Abgeordneter eben auch darauf hinweisen dürfen.

Dass unsere Blätter in dem Konflikt der Apotheker mit Min. Maisel die Partei der Apotheker ergreifen, werden auch Sie, sehr geehrter Herr Vizekanzler, ihnen nicht verargen. Von einer Desavouierung Min. Maisels durch Kanzler Figl finde ich darin nichts. Wenn aber an einer anderen Stelle von Maisels Diktatur gesprochen wird, so wird ein landläufiger Ausdruck für eine gesetzwidrige Massnahme gebraucht. Die Apothekerkammer ist einmal ein Selbstverwaltungskörper des Apothekerstandes und es ist daher nicht einzusehen, warum ein beamteter Kommissar bestellt wurde, obwohl nach den Statuten klarerweise der letzte Vorstand bis zur Neubestellung der Organe die Geschäfte zu führen hätte.

Der Ausdruck "Sozialistische Schlurfs" wurde von mir schon gerügt, ehe Ihr Brief in meinen Händen war. Ich wünsche solche Ausdrücke nicht und habe Auftrag gegeben, sie strengstens zu meiden; überdies werde ich feststellen lassen, ob in den letzten Monaten des öfteren solche unterlaufen sind.

Andererseits muss ich aber zum Abschluss doch noch ein Wort zu dem Artikel: "Sauberkeit im Anbotwesen" sagen. Der Artikel ist durchaus ruhig, gemässigt und korrekt. Denn der darin kritisierte Vorgang ist ein Abusus, zu dem nicht geschwiegen werden darf und Ihre Parteifreunde im Wiener Rathaus würden gut daran tun, ihn aus Eigenem abzustellen.

Sehr geehrter Herr Vizekanzler, ich danke Ihnen für Ihre Vorlage und halte meinen Vorschlag vom 8.II.1952 aufrecht.

In vorzüglicher Hochachtung

Ihr

Julius Raab e.h.

Bundesparteibbmann

Wien, am 25. Februar 1952.

Lieber Freund!

Ich habe auf den letzten Brief Raabs nicht weiter reagiert. Ich erhalte jetzt von ihm den in Abschrift beiliegenden.

viele Grüsse

1 Beilage

- Herrn Chefredakteur Dr. Oscar P o l l a k ,
- Herrn Bundesminister Oskar H e l m e r ,
- Herrn Bürgermeister Franz J o n a s ,
- Herrn Nationalrat Dr. Bruno P i t t e r m a n n ,
- Herrn Bundesminister Dipl. Ing. Karl W A L D B R U N N E R ,

Osterreichische Volkspartei
Bundesparteileitung
Wien I., Kärntnerstr. 51, Tel: R 21-5-65

Bundesparteiobmann

Wien, den 20. Februar 1952

Sehr geehrter Herr Vizokanzler!

Ihre beiden Sendungen mit Zeitungsausschnitten vom 7. und 8. Februar l.J. habe ich zum Anlass genommen, unsere beiderseitigen Organe in Wien auf einen halben Monat hin zu überprüfen. Dabei hat sich herausgestellt, dass die parteimässigen Angriffe der ÖVP-Blätter vielfach Erwiderungen auf vorangegangene Artikel und Notizen der sozialistischen Blätter darstellen, während es sich bei der "Arbeiter-Zeitung" in der Regel um unmittelbare Angriffe handelt. Eine Besonderheit der "Arbeiter-Zeitung" sind längere wirtschaftliche und politische Artikel, die im allgemeinen wohl streng parteipolitisch und sachlich gehalten sind, jedoch in ein paar Sätzen, die man bei einem solchen Aufsatz leicht übersieht, ganz scharfe, vielfach herabsetzende Angriffe gegen die ÖVP oder ihre Funktionäre bzw. Einrichtungen enthalten.

Dazu eine grundsätzliche sachliche Feststellung. Die Überprüfung der Wiener Parteiblätter ergibt dadurch ein optisch ganz unzutreffendes Bild, als für die Osterreichische Volkspartei die "Neue Wiener Tageszeitung" und das "Kleine Volksblatt" behandelt werden, während für die Sozialistische Partei nur die "Arbeiter-Zeitung" herangezogen wird. Das Material aus zwei Blättern wirkt natürlich viel umfangreicher als die Ausschnitte aus einer Zeitung, was bei einer gerechten Beurteilung berücksichtigt werden muss. Der Überblick wäre nicht vollständig, wenn man die Blätter in den Bundesländern aus der Prüfung ausschliessen würde. In den sozialistischen Zeitungen dieser Gebiete sind die Angriffe und Beschuldigungen gegen die ÖVP viel häufiger als in den Wiener Organen und oft in einer Tonart gehalten, die man als beleidigend empfinden muss. In dieser Beziehung zeichnen sich besonders das "Linzer Tagblatt", das "Demokratische Volksblatt" Salzburg und die "Neue Zeit" in Klagenfurt aus.

Ich bleibe mit vorzüglicher Hochachtung

Julius Raab e.h.
Min.a.D.

1187